

## Umzugspläne: Elternbeirat sieht Schwachstellen im Konzept

*Von "Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", aktualisiert am 12.07.2011 um 00:00*

### **Kornwestheim Die Verwaltung will den Umzug des Schülerhortes Lessingstraße gegen Elternproteste durchziehen. Von Susanne Mathes**

Die Stadt bleibt dabei: Sie will den Schülerhort Lessingstraße ins Kinderhaus Karlstraße eingliedern und die frei werdenden Räume im Süden für unter Dreijährige nutzen (unsere Zeitung berichtete). Durch die Zusammenlegung der beiden Hortgruppen aus der Lessing- und der Karlstraße sei eine neue konzeptionelle Ausrichtung möglich, argumentiert die Stadt - etwa mit spezifischen Angeboten für die verschiedenen Altersgruppen. Morgen steht das Thema erneut auf der Tagesordnung des Sozialausschusses; die Räte sollen dem Umzug zustimmen.

Unterdessen hat sich der Gesamtelternbeirat für Kindergärten, Kindertagesstätten und Horte (GEB) mit einer Stellungnahme eingeschaltet, in der er das Konzept in weiten Teilen in der Luft zerpflückt. "Es geht nicht um die generelle Ablehnung, wenn eine gute Alternative existieren würde. Diese konnte die Stadt den Eltern aber nicht aufzeigen", betont der GEB.

Aus Sicht der Elternvertreter weist das Vorhaben zahlreiche Schwachstellen auf. Das fange schon beim Weg zum Hort Karlstraße an: Für Kinder aus der Bolz- und der Uhlandschule ergebe sich ein längerer Weg, der zudem mit mehr Querungen von gefährlichen Straßen verbunden sei. "Der Weg über die stark befahrene Karlstraße zur Schule ist ausgesprochen riskant. Die Kinder müssen zwischen den Autos auf die Straße hervortreten, um diese überqueren zu können."

Das Kinderhaus Karlstraße hält der GEB für zu eng für zwei Hortgruppen. "Die Zwei-Zimmer-Wohnung, die für den Hort genutzt werden soll, hat eine Größe von 50 Quadratmeter abzüglich vier Quadratmeter für die Toilette." Der Kommunalverband für Jugend und Soziales fordere eine Mindestgröße von 60 Quadratmetern für den Aufenthalts- und Gruppenraum. "Da die Wohnung nicht die vorgeschriebene Quadratmeterzahl erfüllt, werden seitens der Stadt die jetzigen Horträume mit in die Berechnung einbezogen. Diese sind jedoch durch die jetzige Hortgruppe der Karlstraße bereits voll ausgelastet", schreibt der GEB. "Selbst wenn die Vorschriften drei Quadratmeter pro Kind als ausreichend ansehen, ist die Fläche winzig."

Auch die Außenanlagen hält der GEB für zu knapp bemessen. "Für die Hortkinder gibt es keinerlei Spielgeräte, die Fläche ist gering. Wie sollen sich dort 20 zusätzliche Kinder angemessen bewegen können?", fragt der GEB. In den Schulferien seien die Hortkinder sogar den ganzen Tag da, zusätzlich zu den Kindergartenzeiten. Im Freien komme es dann "zu einer Ballung von bis zu fünf Gruppen. Bereits jetzt ist es in den Ferienzeiten eng".

Altersspezifische Angebote durch eine Hort-Zusammenlegung seien zwar grundsätzlich zu begrüßen, sagen die Eltern. Im Alltag bleibe nach Mittagessen und Hausaufgaben, neben Sportaktivitäten oder Musikschule aber wenig Zeit fürs Freispiel übrig. "Dass für diese

kurzen Zeiträume altersspezifisch und pädagogisch aufgearbeitete Angebote Sinn machen, ist unwahrscheinlich. Wichtiger ist, dass die Kinder genügend Platz haben, sich zu bewegen und zu spielen." In der Lessingstraße sei dies möglich. Der Hort sei renoviert und verfüge über altersgerechte Spielgeräte wie Basketballkorb, Kletterwand und Reckstangen.

Für die Eltern der Hortkinder in der Lessingstraße gab's nach der Ausschusssitzung, in der einige Stadträte Bedenken geäußert hatten, einen Info-Abend. Etwa die Hälfte der Eltern habe sich dort geäußert - "teils sehr aufgebracht", erklärt die Verwaltung in der neuen Vorlage. "Diese Eltern zeigten sich gegenüber den Argumenten für einen Umzug nicht aufgeschlossen. Von den Erzieherinnen und einigen anderen Eltern, die sich an diesem Tag nicht geäußert haben, wissen wir, dass sie sich einen Umzug vorstellen könnten." Woher eigentlich, wenn diese doch nichts gesagt haben, fragen angesichts dieser Aussage betroffene Eltern. Dass die Beschäftigten der Stadt nicht lauthals gegen das Projekt wetterten, liege in der Natur der Dinge.

"Der Umgang der Stadt mit den Eltern hat wieder einmal gezeigt, dass sie keine Notwendigkeit sieht, die Elternschaft in wichtige Entscheidungsprozesse einzubinden, rechtzeitig zu informieren und anzuhören", ärgert sich der GEB. Die Eltern argwöhnen, das Ganze sei angesichts der Notwendigkeit, rasch neue U-3-Plätze zu schaffen, ohnehin schon beschlossene Sache.